



Wetzikon, 07.02.2022

Parlament Wetzikon
Urs Bürgin
Bahnhofstrasse 167
8622 Wetzikon

MOTION

«ZUKUNFTSFÄHIGE GEMEINDE 2.0 - Reorganisation der Exekutivämter»

1. Der Stadtrat wird beauftragt, die heutige Organisation der politischen Gemeinde mit ihren Behörden und Kommissionen dahingehend zu überprüfen und anzupassen, sodass insbesondere der Stadtrat spätestens ab der Legislatur 2026 über eine Organisation mit Voll-, Teil- und Milizämtern verfügt.
2. Dazu ist die Entschädigungsverordnung mit Anstellungspensen, -bedingungen und entsprechenden Entschädigungen zu versehen. Die Ämter des Stadt- und Vizepräsidiums, des Schulpräsidiums und der weiteren Mitglieder sind verbindlich darzulegen. Falls nötig, ist auch die Gemeindeordnung anzupassen. Ausserdem ist der Stadtrat aufgefordert, aufzuzeigen, wie sich eine Reorganisation der Ämter auf die Verwaltung auswirkt.

Der Stadtrat soll den Prozess hin zu einer Reorganisation der Exekutiv-Ämter zusammen mit dem Parlament transparent ausgestalten. Mit partizipierenden Zwischenschritten soll der Stadtrat mit dem Parlament und der Verwaltung die Entwicklungsschritte diskutieren und dokumentieren.

Begründungen

Am 12. Januar 2016 hat Gemeinderätin Bigi Obrist als Erstunterzeichnerin das Postulat «Zukunftsfähige Gemeinde: Weiterentwicklung der Behördenorganisation» mit folgendem Wortlaut eingereicht: «Der Stadtrat wird aufgefordert, seine Organisationsform, die Anstellungsgrundlagen, die Entschädigungen sowie weitere Organisationsaspekte im Hinblick auf kommende Herausforderungen zu überprüfen.» Mit Stadtratsbeschluss vom 23. März 2016 hat der Stadtrat die Entgegennahme des Postulats abgelehnt. Das Parlament ist dieser Empfehlung mehrheitlich gefolgt.

Dabei hat er das Postulat unter anderem folgendermassen gewürdigt:

- Der Stadtrat erachte es als sinnvoll, die zeitliche Belastung der Exekutive zu hinterfragen und nach Lösungen zu suchen, wie die Exekutiv-Ämter, nicht nur im Stadtrat, künftig mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten besetzt werden können. Ein wichtiger Bestandteil bei dieser Lösungssuche seien die Behördenorganisation und die Entschädigung der Exekutivmitglieder.
- Die Anforderungen an die Exekutiv-Organisationen seien in den letzten Jahren gestiegen. (...), insbesondere mit der Einführung der Parlamentsorganisation in Wetzikon müsse diesem Argument noch mehr Gewicht beigemessen werden, da die Mitglieder des Stadtrates deutlich hö-

here Belastungen im politischen Alltag zu tragen haben, als noch zu Zeiten der Organisation mit der Gemeindeversammlung.

Aus verschiedenen Gründen hat der Stadtrat die Überweisung des Postulats zwar abgelehnt, abschliessend aber folgendes Vorgehen in Aussicht gestellt:

- Die Behörde werde sich demnächst zu diesem Thema austauschen, um kurz- bis mittelfristige Massnahmen zu prüfen und gegebenenfalls einzuleiten, sowie über allfällige Anpassungen im Stellenplan im Schulbereich zu orientieren.
- Der Stadtrat gehe davon aus, dass erst Mitte der nächsten Legislaturperiode 2018 – 2022 von einer Konsolidierung der Strukturen gesprochen werden könne und es erst dann Sinn mache, die Exekutiv-Organisation zu evaluieren.

Wir bedauern, dass der Stadtrat nicht von sich aus das Thema wieder aufgegriffen und dem Parlament aufgezeigt hat, welche weiteren Schritte er konkret plant.

Die Mitte der Legislatur 2018-2022 ist unterdessen also längst verstrichen und wenn auch die Gemeindeordnung kürzlich erst überarbeitet, der Bevölkerung vorgelegt und in Kraft gesetzt wurde, so hat doch die Diskussion um die Organisation der Gemeinde rund um die Fragestellung zu Teil-, Voll- und/ oder Milizämtern der Exekutive nicht stattgefunden - zumindest wurde weder dem Parlament noch der Erstunterzeichnerin des 1. Vorstosses etwas darüber kommuniziert.

Auch in der zweiten Legislatur zeigt sich, dass die aktuelle Organisationsform an ihre Grenzen stösst. Trotzdem ist die Exekutive der Politischen Gemeinde Wetzikon nach wie vor als reines Milizamt organisiert. Es gibt aber mehrere Hinweise, dass diese Organisationsform überholt ist. Insbesondere bei zeitintensiven Geschäften, bei Delegationen in externe Aufgaben/Ämter, bei der aktiven Ausübung von Vernetzung und Austausch, oder auch bei der Handhabung von Mandaten abtretender Stadträt:innen oder Verwaltungsangestellten signalisiert der Stadtrat direkt oder indirekt eine hohe Belastung. Es ist zudem offensichtlich, dass der Stadtrat in einigen Handlungsfeldern zu wenig innovativ und vorwärtsgerichtet wichtige Themen der Stadt aufgreift.

Hingegen beantragte der Stadtrat regelmässig höhere Entschädigungen für sich. Dieses Anliegen ist wahrscheinlich berechtigt. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Entschädigungen des Stadtrats den Aufwand kaum umfassend abbilden. Die Aufstockung von Entschädigungen muss aber einhergehen mit verbindlichen Funktionen und Aufgaben; der damit verbundenen Aufwand muss ausgewiesen sein und dem Parlament dargelegt werden.

Unwiderrspochen ist wohl, dass zunehmend ein stark ausgeprägtes Handlungs- und Fachwissen nötig ist und deshalb steigende Anforderungen an die Rollen- und Funktionskompetenz erforderlich sind, um als Exekutive die Führung der Verwaltung bzw. Geschäftsleitung auf Augenhöhe wahrnehmen zu können.

Hinzu kommt, dass oft auch die individuelle Ausgangslage von Stadträt:innen wachsende Herausforderungen bergen, indem die hauptberuflichen Belastungen zunehmen. Ein nebenberufliches Engagement verträgt sich vielfach nicht mit einem grossen beruflichen Engagement. Das zieht beobachtbar nach sich, dass Exekutiv-Ämter zunehmend mit Menschen besetzt werden, die selbständig erwerbend oder pensioniert sind oder in Verwaltungen arbeiten, welche den politischen Einsatz mit Zeitressourcen unterstützen.

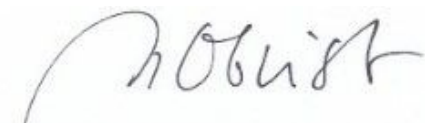
Die Organisation der stadträtlichen Exekutive muss folglich an die mehrseitigen Herausforderungen der heutigen Zeit angepasst werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die politische Führung der Stadt nicht nur das Nötige erfüllt, sondern dass die politischen Exekutivmitglieder innovativ und vorausschauend Aufgaben erkennen und deren Umsetzung gestaltend ergreifen können.

Abschliessend

Mit dieser Motion soll nun also die strategische Diskussion und daraus gefolgerte Anpassungen der politischen Organisation endlich aufgenommen werden, um die längst fällige Entwicklung der städtischen Politik in eine zukunftsfähige Form voranzutreiben.

Man kann nicht nichts tun. Wenn der Stadtrat selbst nicht aktiv handelt, dann wird ihn die Realität einholen.

Mit freundlichen Grüßen



Bigi Obrist
Erstunterzeichnerin



Robin Schwitter